

Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Fabian, Walter**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1958)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Offiziere geht weiter. Die Mehrheit der Radikalen, der Sozialisten und der Katholiken hat beschlossen, mit den Faschisten der Wohlfahrtsausschüsse und mit den reaktionären Offizieren der neuen autoritären Verfassung de Gaulles zuzustimmen. Die Minderheit der Sozialistischen Partei SFIO beschloß, um die Ehre der Demokratie und des Sozialismus zu retten, ihre Freiheit zu behalten, gegen die Verfassung und das Regime de Gaulle Propaganda zu machen und dagegen zu stimmen. Sie hat die Partei verlassen und eine neue «Autonome Sozialistische Partei» gegründet, die gegen die Kapitulationspolitik von Guy Mollet und seiner Mehrheit an die Sozialistische Internationale appellieren wird.

JHD

Blick in die Zeitschriften

Die *Atomdebatte* geht weiter. Trotz Hohn und seelischem Druck seitens der «Realpolitiker», trotz manchen Vernebelungsversuchen von Philosophen oder Theologen, die leugnen wollen, daß es hier um eindeutige Entscheidungen geht, erheben sich in immer größerer Vielfalt der Argumentation die Stimmen der Warner und Mahner. Das ist gut so; denn wer weiß, wie lange es noch möglich ist?

Auf diesen bisher zuwenig beachteten Gesichtspunkt – *die Gefährdung der Freiheit durch die Atomrüstung* – weist sehr nachdrücklich *Robert Jungk* hin. In einem Artikel, der unter anderem in der «Gesamtdeutschen Rundschau» (Nr. 34) und in der sozialdemokratischen Wochenzeitung «*Vorwärts*» (Nr. 34) abgedruckt wurde, heißt es unter anderem:

«Sobald ein Land nuklear aufzurüsten beginnt, zeigen sich fast sofort bestimmte politische und seelische Nebenwirkungen von größter Tragweite. Dies läßt sich jetzt bereits an Ländern wie Frankreich, der Schweiz und der Bundesrepublik beobachten. Wer Kernwaffen in seine Rüstung einführt, muß in erhöhtem Maß auf strikteste Geheimhaltung sehen. Es bildet sich sofort eine neue Kaste von ‚Geheimnistägern‘ heraus. Sie muß zur Abschirmung ihrer ‚Geheimnisse‘ über einen verstärkten Geheimdienst verfügen, der jede mögliche Durchdringung der Geheimnismauer verhüten soll.»

Jungk erläutert das dann an einem praktischen Beispiel:

«In den Vereinigten Staaten ist nur ein Zehntel der Volksvertreter, nämlich die Angehörigen der vereinten Atomkommission des Kongresses und ein Teil der Mitglieder der ‚Armed Forces Committees‘, über die Atombewaffnung informiert. Erhalten Länder wie die Schweiz oder die Bundesrepublik von den Amerikanern atomare Sprengköpfe – sei es sofort oder sei es erst im Augenblick einer akuten Kriegsgefahr –, so müssen die Amerikaner natürlich darauf achten, daß die Geheimhaltung in diesen Ländern mindestens so strikt ist wie in den USA selbst. Das bedeutet aber: die große Mehrzahl aller

Mitglieder des Schweizer Nationalrats oder des Deutschen Bundestages werden von der Orientierung über die vielleicht lebenswichtigsten Fragen von nun an ausgeschlossen!»

Es bleibt aber nicht bei dieser Ausschaltung des Parlaments: «Das nächste Opfer sind *die Universitäten*. Denn da es sich hier um wissenschaftliche Waffen handelt, müssen selbstverständlich auch wissenschaftlich hochgeschulte Kräfte für die Atomaufrüstung herangezogen werden. Es wird also in den Hochschulen bald wieder, wie schon unter Hitler, Forscher geben, die durch einen Wehleid zur Geheimhaltung verpflichtet sind...» Aber auch das ist noch nicht alles: «Die Einführung der Atomwaffen in demokratischen Nationen muß fast zwangsläufig zu einer *wachsenden Unterdrückung der Kritik* an diesen Waffen führen.» Und so stellt Robert Jungk abschließend fest: «Geheimhaltung, Mißtrauen, Verlust der akademischen, der politischen und der Meinungsfreiheit drohen als baldige ‚Nebeneffekte‘ der Atomaufrüstung, ohne daß deshalb je auch nur eine dieser kostspieligen Waffen explodieren müßte!»

Zu den Männern, die sich einer solchen Entwicklung mit bewundernswerter geistiger Konsequenz widersetzen, gehört neben Albert Schweitzer in erster Linie *Bertrand Russell*. In einem Interview, das vom deutschen Fernsehen verbreitet wurde, hat der große englische Philosoph erneut seinen Standpunkt mit aller Deutlichkeit präzisiert; auch im «*Monat*» (120) hat er noch einmal gegenüber allen Mißverständnissen und Mißdeutungen dargelegt, was er von den Großmächten in Ost und West *gleichermaßen* fordert. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Staatsmänner, Publizisten usw., die ihren Mitmenschen die elementarste Freiheit verweigern möchten, nämlich «die Freiheit, sich für ihr Überleben zu entscheiden». Den Versuch, «die Ansicht, daß der Untergang der Welt besser sei als eine kommunistische beziehungsweise kapitalistische Welt» auch allen Andersmeinenden aufzwingen zu wollen, indem man «sie pauschal zum Tode verurteilt», erklärte Russell als «eine Form religiöser Verfolgung, die alles hinter sich läßt, was die Geschichte der Menschheit bis jetzt hervorgebracht hat».

Mit erfreulicher Deutlichkeit setzt sich der bekannte deutsche Publizist *Werner Friedmann* in einem Leitartikel «Der Lord und die Politiker» in der «*Süddeutschen Zeitung*» (Nr. 220) für Russell und Schweitzer gegen die vermeintlichen Realpolitiker ein. Wir können leider nur wenige Sätze zitieren:

«Es gibt auf dieser von der Wichtigkeit der Atombombe so überzeugten Welt einige Männer, welche von den Berufspolitikern geringschätzig als ‚weltfremde Idealisten‘, als ‚querköpfige Utopisten‘ oder auch rundheraus als ‚naiv‘ bezeichnet werden, obwohl sie eigentlich ganz normale Dinge sagen und Forderungen aufstellen, die durchaus dem gesunden Menschenverstand entsprechen. Aber da in der internationalen Politik nichts normal ist, scheint auch der gesunde Menschenverstand, der die Probleme auf normale Weise lösen möchte, wenig Chancen zu haben. Vielmehr bewegt sich die Staatskunst in einem Brei aus Moral und Heuchelei, Propaganda und Angst um das Prestige, Mißtrauen und Schwarz-Weiß-Malerei... Aber man muß es immer wieder aufs neue versuchen, das Natürliche, das Vernünftige, das Logische zu tun, und die Menschen dürfen nicht müde werden, ihre Ansprüche auf den Frieden und auf eine normale Welt anzumelden. *Denn die Politik ist eine viel zu ernste Sache, als daß man sie allein den Politikern überlassen könnte.* Darum ist es trotz allem mitleidigen Abwinken der sogenannten Routiniers ein Glück, daß mutige Männer wie Bertrand Russell die Welt unablässig mahnen und warnen. Man wird ihre Worte, wenn sie auch manchen Patentpolitikern gar nicht in den Kram passen mögen, auf die Dauer nicht überhören können.»

Daß die Stimmen der großen Warner und Mahner nicht überhört werden, dazu tragen in dankenswerter Weise eine Reihe von Zeitschriften bei, die nicht müde werden, in jeder Nummer Dokumente und Argumente gegen den Atomkrieg zu veröffentlichen. Wir nehmen hier die Halbmonatsschrift «*Stimme der Gemeinde*» (Darmstadt), die zum

Beispiel in Nr. 15 einen Bericht von Robert Berger über die *Reise der Frankfurter Delegation nach Hiroshima* und in Nr. 18 sechzig Thesen des Theologen Prof. Heinrich Vogel über «Die Gemeinde Jesu Christi und die atomare Bedrohung der Welt» sowie eine Diskussion mit Helmut Gollwitzer über «Politische Zweckmäßigkeit oder christlicher Gehorsam?» veröffentlicht. Sodann die Monatsschrift «*Junge Kirche*» (Dortmund), die in Heft 17/18 neuerdings eine Reihe wichtiger Dokumente zur Atomfrage publiziert. Ferner die «*Blätter für deutsche und internationale Politik*» (Köln), die in Heft 6, 7 und 8 mit der Veröffentlichung von Aufsätzen zur Atomfrage fortfahren aus der Feder von Prof. Walter Hagemann, Prof. Gerhard Gollwitzer, Bertrand Russell, Heinrich Vogel, Prof. Michael Seidlmayer und viele andere. Auch die wöchentlich erscheinende «*Neue Politik*» (Hamburg) kämpft in jeder Nummer entschieden gegen die Atomkriegsgefahr, unter anderm in einer Artikelserie, die sich mit Prof. v. Weizsäcker auseinandersetzt; daneben veröffentlicht «*Neue Politik*» laufend Aufsätze über «Atomgefahren in ärztlicher Sicht» aus der Feder von Dr. med. Fritz Katz.

Auch die «*Frankfurter Hefte*» veröffentlichen nahezu in jeder Nummer wichtige Aufsätze zu diesem Thema; so äußert sich in Heft 8 Jürgen Habermas unter dem bezeichnenden Titel «*Der verschleierte Schrecken*» zu Weizäckers «Mit der Bombe leben», wobei er zu der Schlußfolgerung kommt, «daß Abrüstung die einzige Chance dauerhaften Überlebens ist». In Heft 9 schreibt Hubertus Schulte, Herbrüggen, über «Atomkrieg und christliche Ethik», von dem Grundsatz ausgehend, daß «höher als die Anwendung jeder technischen Macht das moralische Gesetz steht». Der Autor sieht die verheerenden Wirkungen der Kernexplosionen sehr realistisch: «Da mit einem Masseneinsatz atomarer Kampfmittel gerechnet werden muß, wird es bei dem dichtbesiedelten europäischen Kontinent kaum überhaupt eine Stelle geben, wo die Millionen von Flüchtlingen, Kranken und bereits radioaktiv-infizierten Verletzten Hilfe und Unterkommen finden könnten.» Die «Folgerungen für Wehrrecht und Wehrpflicht» will der Verfasser in Heft 10 darlegen.

Die «*Zeitschrift für evangelische Ethik*» (Gütersloh) informiert in Heft 5 über die Atomwaffendiskussion in der niederländischen reformierten Kirche.

Ferner seien zwei informative Berichte über die Möglichkeiten der *friedlichen* Verwendung der Atomkraft genannt. In «*Freie Gewerkschaftswelt*» (98) orientiert der österreichische Gewerkschafter Paul F. Blau, der Verbindungssekretär des IBFG bei der Internationalen Atomenergie-Organisation, über den Aufbau dieser Organisation und über die Mitarbeit der freien Gewerkschaften an dieser «weltumspannenden internationalen Atomenergiebehörde». Deren stellvertretender Generaldirektor, der Schweizer Dr. Paul R. Jolles, schreibt in den «*Schweizer Monatsheften*» (6) über das Arbeitsprogramm und die Arbeitsmethoden der Internationalen Atomenergie-Organisation.

*

Das «*Europa-Archiv*» (Frankfurt) hat in den letzten Monaten wieder eine ganze Reihe wertvoller Analysen und Dokumentationen veröffentlicht. So in Heft 5/6 Arbeiten über die Haltung Polens gegenüber der Bundesrepublik, über das Algerienproblem in wirtschaftlicher und sozialer Sicht und über den Gemeinsamen Markt im Kreuzfeuer der GATT-Kritik. In Heft 10 und 11 findet man unter anderm eine größere Arbeit über «Die Verstaatlichung der sowjetischen Landwirtschaft von 1917 bis heute»; in Heft 11 außerdem eine Untersuchung über die Änderungen und Probleme der Wirtschaft Polens seit dem Oktober 1956. Heft 12 bringt Vorschläge für eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen, Heft 14 eine reich dokumentierte Arbeit über die Elektrizitätsversorgung der Ostblockstaaten. Ebenfalls wirtschaftlichen und politischen Problemen einiger Ostblockstaaten ist das besonders umfangreiche Heft 15/16/17 gewidmet.

Martin Hürlimann berichtet im Septemberheft seiner Zeitschrift «*Atlantis*» über seinen Asienflug 1958. Seine Eindrücke aus Pakistan, Indien (wo er unter anderem ein langes Gespräch mit Nehru hatte), Hongkong und Japan sind von besonderem Interesse, da Hürlimann ein kluger, vorurteilsfreier Beobachter ist und da er seine heutigen Eindrücke mit denen vergleichen kann, die er auf einer früheren ausgedehnten Asienreise, vor mehr als dreißig Jahren, gewonnen hat. Ebenso aufschlußreich wie dieser Bericht sind die über fünfzig auch künstlerisch hervorragenden Photographien, die Hürlimann veröffentlicht.

«*Forum*» (57) veröffentlicht unter dem Titel «Zwischen Steinzeit und Schwerindustrie» einen glänzend geschriebenen, ungewöhnlich interessanten Aufsatz über *Lateinamerika* aus der Feder von *Julian Gorkin*. Im gleichen Heft findet man eine Diskussion über die Frage «*Soll man Brecht im Westen spielen?*» mit Beiträgen von Leopold Lindtberg, Siegfried Melchinger, Jürgen Rühle, O. F. Schuh und anderen; fast ausnahmslos alle Diskussionsteilnehmer setzen sich mit guten Argumenten dafür ein, daß Brecht gespielt werden soll. — Eine interessante Arbeit über das Theater von Bert Brecht, im Vergleich mit der großen Antikriegstragödie «*Die Letzten Tage der Menschheit*» von Karl Kraus, veröffentlicht Lotte Sternbach-Gärtner in der von Rudolf Pechel herausgegebenen «*Deutschen Rundschau*» (9); der Aufsatz schließt mit den Worten: «Kraus und Brecht haben beide ehrlich dazu beitragen wollen, die Menschheit etwas weiter zu bringen. Sie sind beide gegen die hohen Mauern der Dummheit, der Lüge und der Unduldsamkeit als Breschenschlager angerannt. Immer ist ihr Aufruf ein Aufruf nach mehr Menschlichkeit!»

Walter Fabian

Literatur

Kollektivverträge im kommunistischen Herrschaftsbereich

Ein kleines, aber wohldokumentiertes Buch des im Exil lebenden tschechischen sozialdemokratischen Schriftstellers *Paul Barton* («*Conventions Collectives et Réalités Ouvrières en Europe de l'Est*», Les Editions Ouvrières, Paris 1957, Preis 750 fFr.) räumt mit der Propagandalüge auf, daß es im kommunistischen Herrschaftsbereich Kollektivverträge in dem Sinne gibt, in dem die Sozialpolitik sie versteht: als freie Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen und damit ein Kodex der Arbeiterrechte in einem Betrieb, in einem Industriezweig oder in der ganzen Industrie sind. Unter dem Stalinismus hatte man diesen Typus von Kollektivverträgen, die immerhin noch ein Minimum an Arbeiterrechten verbrieften, in Rußland bald zum Absterben gebracht, aber dem Ausland gegenüber immer noch vorgespiegelt, daß es sie gibt. Ein 1937 deutsch in Moskau erscheinener «Führer durch die Sowjetunion für Arbeiterdelegationen» spricht vom Stattfinden von Kollektivvertragsverhandlungen wie von einer feststehenden Tatsache; aber erst 1949 hat man eingestanden, daß der — ohnehin praktisch wenig bedeutsame — Abschluß von Kollektivverträgen 1933 eingestellt wurde. Nach dem Krieg wurde allerdings im ganzen Sowjetbereich die Institution der Kollektivverträge neu aktiviert. Doch es handelt sich nicht um freie Vereinbarungen, sondern um die einseitige Niederlegung